

Dornbirn, 23. März 2021

**Kanalordnung der Stadt Dornbirn**

Aktenzahl d020.16-9/2020-8-4

## **Kanalordnung der Stadt Dornbirn**

Entsprechend dem Beschluss der Stadtvertretung in der 5. Sitzung vom 09. März 2021 unter Punkt 5 wird verordnet:

### **I. ABSCHNITT**

#### **ALLGEMEINE RECHTLICHE UND TECHNISCHE BESTIMMUNGEN**

##### **§ 1 Allgemeines**

Der Anschluss der Bauwerke und befestigten Flächen, die im Einzugsbereich eines Sammelkanals liegen, an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage und die Einleitung der von diesen Bauwerken und befestigten Flächen anfallenden Abwässer hat nach den Bestimmungen des Kanalisationsgesetzes und dieser Kanalordnung zu erfolgen. Der Einzugsbereich der Sammelkanäle wird durch Verordnung der Stadtvertretung festgelegt.

##### **§ 2 Sammelkanäle**

1. Die Aufnahme und Weiterleitung der anfallenden Abwässer erfolgt über folgende Arten von Sammelkanälen:
  - a) Mischwasserkanäle: Sammelkanäle für Schmutzwässer und Niederschlagswässer;
  - b) Schmutzwasserkanäle: Sammelkanäle für Schmutzwässer; als Schmutzwasser gilt Wasser, das durch häuslichen, gewerblichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt oder dadurch sonst in seiner natürlichen Beschaffenheit verändert ist;
  - c) Regenwasserkanäle: Sammelkanäle für Niederschlagswässer und sonstige nicht reinigungsbedürftige Abwässer. Als Regenwasserkanäle gelten auch offene Gräben und sonstige Gerinne, die der Ableitung von Niederschlagswässern und sonstigen nicht reinigungsbedürftigen Abwässern dienen und von der Stadt Dornbirn errichtet oder erhalten werden.
2. In die einzelnen Arten von Sammelkanälen dürfen nur die Abwässer eingeleitet werden, für die der Sammelkanal bestimmt ist.

3. In der Verordnung der Stadtvertretung über den Einzugsbereich der Sammelkanäle ist jeweils die Art des einzelnen Sammelkanals anzugeben.

### **§ 3 Anschlusspflicht und Anschlussrecht**

1. Soweit nach § 4 Abs. 1 bis 7 des Kanalisationsgesetzes nicht von der Anschlusspflicht befreit wurde und soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, sind die Eigentümer von Bauwerken oder befestigten Flächen, die ganz oder überwiegend im Einzugsbereich eines Sammelkanals liegen (Anschlussnehmer), verpflichtet und berechtigt, diese nach Maßgabe des Anschlussbescheides über Anschlusskanäle an den Sammelkanal anzuschließen und die Abwässer in die Abwasserbeseitigungsanlage einzuleiten (Anschlusspflicht).
2. Dem Anschlussnehmer nach Abs. 1 wird der Anschluss an die Abwasserbeseitigungsanlage und die Einleitung der Abwässer mit Bescheid des Bürgermeisters vorge-schrieben.
3. Soweit eine Anschlusspflicht nicht besteht, hat der Bürgermeister auf Antrag den Anschluss an die Abwasserbeseitigungsanlage mit Bescheid zu gestatten, wenn dies dem Interesse an einem planmäßigen Ausbau der Abwasserbeseitigungsanlage nicht widerspricht und der Leistungsfähigkeit der Abwasserbeseitigungsanlage angemessen ist.
4. Die Anschlusspflicht gilt nicht für Abwässer, deren Beseitigung gesetzlich zu regeln Bundessache ist. Auf diese Abwässer sind aber die Bestimmungen des Kanalisationsgesetzes dann anzuwenden, wenn ihre Einleitung in die Abwasserbeseitigungsanlage gemäß Abs. 3 ausnahmsweise gestattet wird.
5. Niederschlagswässer, die nicht reinigungsbedürftig sind, dürfen nur dann in die Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet werden, wenn eine sonstige einwandfreie Beseitigung nicht gewährleistet ist.

### **§ 4 Anschlusskanäle**

1. Anschlusskanäle sind aus beständigem Material so herzustellen, dass sie dicht sind. Sie sind unterirdisch mit einem Gefälle von mindestens 2 v. H. zu verlegen. Ihr Rohrdurchmesser muss der zu erwartenden Abwassermenge entsprechen, mindestens aber 15 cm betragen.
2. Alle Anschlusskanäle sind mit den für die Überprüfung und Reinigung erforderlichen Schächten und Reinigungsverschlüssen auszustatten. Die Schächte und Reinigungsverschlüsse sind so anzuordnen, dass alle Teile des Anschlusskanals ohne besondere Schwierigkeit überprüft und durchgespült werden können. Die Schächte haben einen im Verhältnis zu ihrer Tiefe entsprechenden Durchmesser aufzuweisen und müssen mit Deckeln versehen sein, die der zu erwartenden Belastung standhalten können.

3. Anschlusskanäle sind über das anschlusspflichtige Bauwerk ausreichend und belästigungsfrei zu entlüften.
4. Sofern im Anschlussbescheid nicht anderes bestimmt ist, hat der Anschluss an den Sammelkanal an der Schachtsohle des Anschlusschachtes zu erfolgen.
5. Im Anschlussbescheid werden erforderlichenfalls weitere Bestimmungen über die bautechnische Ausführung der Anschlusskanäle, insbesondere über Baustoffe, Schächte, Reinigungsverschlüsse, Pumpen, Rückstausicherungen u. dgl. getroffen.
6. Anschlusskanäle sind vom Anschlussnehmer in allen ihren Teilen so zu errichten, zu erhalten und zu warten, dass sie den Anforderungen der Hygiene, der Gesundheit, der Sicherheit und des Umweltschutzes entsprechen. Liegen der Anschlusschacht bzw. die Anschlussstelle des Sammelkanals in einer öffentlichen Straße, dann obliegt die Errichtung, Erhaltung und Wartung des in der öffentlichen Straße liegenden Teiles des Anschlusskanales der Gemeinde.

#### **§ 5 Beschaffenheit und zeitlicher Anfall der Abwässer**

1. Die in die Abwasserbeseitigungsanlage einzuleitenden Abwässer müssen so beschaffen sein und zeitlich so anfallen, dass
  - a) der ordnungsgemäße Betrieb und die Wirksamkeit der Abwasserbeseitigungsanlage nicht gefährdet oder beeinträchtigt wird und
  - b) die für die Abwasserbeseitigung erteilte wasserrechtliche Bewilligung eingehalten werden kann.
2. Es ist insbesondere verboten, in die Abwasserbeseitigungsanlage einzubringen:
  - a) Abfälle aller Art, dazu zählen insbesondere auch Altöle, Altfette, Molke, Schlachtblut, Jauche, Gülle, Lösungsmittel, Altfarben u. dgl.;
  - b) Stoffe, welche geeignet sind, die Anlage zu verstopfen;
  - c) feuergefährliche, explosive und radioaktive Stoffe;
  - d) Säuren, Laugen und giftige Stoffe, soweit diese die Abwasserbeseitigungsanlage beschädigen oder Personen oder den Betrieb der Anlage gefährden können;
  - e) Abwässer, die schädliche Ausdünstungen oder außerordentlich üble Gerüche verbreiten und
  - f) Abwässer mit mehr als 35 °C.
3. Der Anschluss von Abfallzerkleinern an die Abwasserbeseitigungsanlage ist verboten.

#### **§ 6 Vorbehandlung**

1. Werden andere als häusliche Abwässer eingeleitet, so sind vom Bürgermeister vor der Erlassung des Anschlussbescheides das Landeswasserbauamt Bregenz sowie das Umweltinstitut des Landes Vorarlberg über die Notwendigkeit, die Art und das Ausmaß der Vorbehandlung der Schmutzwässer sowie über die bautechnische Ausführung der Anlagen zur Vorbehandlung zu hören.

2. In den Anschlussbescheid sind insbesondere die erforderlichen Bestimmungen aufzunehmen über
  - a) die Beschaffenheit und den zeitlichen Anfall der Abwässer sowie die Art und das Ausmaß der Vorbehandlung;
  - b) die bautechnische Ausführung der Vorbehandlungsanlagen;
  - c) die Überprüfung der Vorbehandlungsanlagen und Untersuchung des Abwassers einschließlich der erforderlichen messtechnischen Einrichtungen.
3. Anlagen zur Vorbehandlung einschließlich der messtechnischen Einrichtungen sind vom Anschlussnehmer in allen ihren Teilen so zu errichten, zu erhalten und zu warten, dass sie den Anforderungen der Hygiene, der Gesundheit, der Sicherheit und des Umweltschutzes entsprechen.

### **§ 7 Auflassung von Hauskläranlagen**

1. Bestehende Anlagen zur Klärung von häuslichen Abwässern sind vom Anschlussnehmer aufzulassen, sobald die Einleitung ungeklärter häuslicher Abwässer in den Sammelkanal möglich ist.
2. Von einer Auflassung kann abgesehen werden, wenn der Anschlussnehmer die Hauskläranlage nach Durchführung der erforderlichen hygienischen Maßnahmen als Regenwasserspeicher verwendet.

### **§ 8 Anzeigepflichten**

1. Der Anschlussnehmer hat alle für die Abwasserbeseitigung bedeutsamen Änderungen auf dem angeschlossenen Grundstück unverzüglich der Behörde anzuzeigen.
2. Die Inhaber der an die Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossenen Bauwerke und befestigten Flächen sind verpflichtet, der Stadt unverzüglich Anzeige zu erstatten, wenn
  - a) die Funktion des Anschlusskanals durch Umstände beeinträchtigt werden, die auf Mängel in der Abwasserbeseitigungsanlage zurückzuführen sind;
  - b) an Anlagen, die zur Vorbehandlung der Abwässer bestimmt sind, Mängel auftreten oder
  - c) unzulässige Stoffe (§ 5 Abs. 2) in die Abwasserbeseitigungsanlage gelangt sind oder zu gelangen drohen.

## **II. ABSCHNITT**

### **KANALISATIONSBEITRÄGE**

#### **§ 9 Allgemeines**

1. Die Stadt Dornbirn erhebt nach den Bestimmungen des 4. Abschnittes des Kanalisationsgesetzes folgende Kanalisationsbeiträge: Erschließungsbeitrag, Anschlussbeitrag, Ergänzungsbeitrag und Nachtragsbeitrag.

2. Der Erschließungsbeitrag wird erhoben
  - a) für die Erschließung innerhalb des Einzugsbereiches eines Sammelkanals gelegener Grundstücke, die im Flächenwidmungsplan der Stadt Dornbirn als Bauflächen oder als bebaubare Sondergebiete gewidmet sind;
  - b) für Grundstücke, bei denen ein Anschluss gemäß § 3 Abs. 5 Kanalisationsgesetz i.d.F. LGBl. Nr. 32/2017 erfolgt;
  - c) für Grundstücke im Einzugsbereiches eines Sammelkanals, die nicht als Baufläche oder als bebaubares Sondergebiet gewidmet sind und auf denen bereits ein anschlusspflichtiges Bauwerk oder eine anschlusspflichtige befestigte Fläche vorhanden ist. Für die Berechnung der Bewertungseinheit ist die im Einzugsbereich eines Sammelkanals liegende Grundstücksfläche im Ausmaß von maximal 500 m<sup>2</sup> heranzuziehen.
  
3. Der Anschlussbeitrag wird erhoben für den Anschluss von Bauwerken und befestigten Flächen an einen Sammelkanal.
  
4. Der Ergänzungsbeitrag wird bei einer wesentlichen Änderung der Bewertungseinheit für die Bemessung des Anschlussbeitrages erhoben. Eine wesentliche Änderung der Bewertungseinheit in diesem Sinn liegt insbesondere vor, wenn
  - a) sich eine oder mehrere der Teileinheiten nach § 14 Abs. 2 Kanalisationsgesetz nachträglich ändern, z.B. durch Auf-, Zu-, Ein- oder Umbauten, Einhausung von Balkonen bzw. Terrassen, die Befestigung von Flächen u. dgl., soweit sich dadurch die Bewertungseinheit um mindestens 5 % erhöht oder
  - b) von einem Bauwerk oder einem selbständigen Teil eines Bauwerkes, von dem bisher nur Niederschlagswässer in die Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet worden sind, nunmehr Schmutzwässer eingeleitet werden oder
  - c) von einem Bauwerk oder einem selbständigen Teil eines Bauwerkes, von dem bisher nur Schmutzwässer in die Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet worden sind, nunmehr Niederschlagswässer eingeleitet werden oder
  - d) von einem Bauwerk oder einem selbständigen Teil eines Bauwerkes oder einer befestigten Fläche, von denen bisher keine Abwässer in die Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet worden sind, nunmehr Abwässer eingeleitet werden oder
  - e) bei einem Gebäude der Berechnung des Anschlussbeitrages gemäß § 14 Abs. 6 Kanalisationsgesetz eine Schmutzwassermenge pro m<sup>2</sup> Geschossfläche zu Grunde gelegt worden ist, die weniger als die in einem Haushalt durchschnittlich anfallende Schmutzwassermenge beträgt, und sich die ehemals unterdurchschnittliche Schmutzwassermenge nachträglich erhöht.
  
5. Ein Wiederaufbau von abgebrochenen oder zerstörten Bauwerken liegt dann vor, wenn
  - a) der Altbestand den gleichen Verwendungszweck hatte, sich das neu errichtete Bauwerk in annähernd gleicher Lage auf demselben Baugrundstück befindet und die Errichtung eines weiteren separaten Bauwerkes, das diese Anforderungen erfüllt, nicht möglich ist;
  - b) das neu errichtete Bauwerk zwar einer anderen Verwendung dient, jedoch die Anzahl der oberirdischen Baukörper unverändert bleibt und die Geschossfläche um maximal 50 % im Vergleich zum Altbestand erweitert wird. Das neu errichtete Bauwerk muss sich

ebenfalls in annähernd gleicher Lage auf demselben Baugrundstück befinden und die Errichtung eines weiteren separaten Bauwerkes, das diese Anforderungen erfüllt, darf nicht möglich sein.

6. Der Nachtragsbeitrag wird erhoben, wenn
  - a) eine Abwasserbeseitigungsanlage durch eine gemeinsame Abwasserreinigungsanlage ergänzt wird;
  - b) Sammelkanäle, die nur für Schmutzwässer oder nur für Niederschlagswässer bestimmt sind, so umgebaut oder durch einen neuen Sammelkanal ergänzt werden, dass sowohl Schmutzwässer als auch Niederschlagswässer eingeleitet werden können;
  - c) Sammelkanäle, die nur für Niederschlagswässer bestimmt sind, so umgebaut werden, dass anstatt Niederschlagswässer Schmutzwässer eingeleitet werden können.

### **§ 10 Beitragsausmaß und Beitragssatz**

1. Das Ausmaß der Kanalisationsbeiträge ergibt sich aus dem mit der Bewertungseinheit (§§ 13, 14 und 17 des Kanalisationsgesetzes) vervielfachten Beitragssatz. Die Bewertungseinheit für die Berechnung des Erschließungsbeitrages beträgt 5 v.H. der in den Einzugsbereich fallenden Grundstücksflächen (m<sup>2</sup>).
2. Der Beitragssatz wird von der Stadtvertretung durch Verordnung gesondert festgesetzt.

### **§ 11 Abgabenschuldner**

1. Abgabenschuldner ist hinsichtlich des Erschließungsbeitrages der Grundstückseigentümer, hinsichtlich der übrigen Kanalisationsbeiträge der Anschlussnehmer.
2. Miteigentümer schulden die Kanalisationsbeiträge zur ungeteilten Hand. Dies gilt nicht, wenn die Eigentümer Wohnungseigentümer sind. In diesen Fällen kann aber, sofern ein gemeinsamer Verwalter bestellt ist, die Zustellung von Abgabenbescheiden an diesen erfolgen.

## **III. ABSCHNITT**

### **KANALBENÜTZUNGSGEBÜHREN**

#### **§ 12 Allgemeines**

1. Zur Deckung der Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Abwasserbeseitigungsanlage und zur teilweisen Deckung der Errichtungskosten werden nach den Bestimmungen des 5. Abschnittes des Kanalisationsgesetzes Kanalbenützungsgebühren eingehoben.
2. Der Berechnung der Kanalbenützungsgebühr wird die Menge der anfallenden Schmutzwässer zugrunde gelegt. Diese ist mit dem Gebührensatz zu vervielfachen.

### **§ 13 Menge der Schmutzwässer**

1. Die Menge der Schmutzwässer richtet sich vorbehaltlich der Abs. 2, 3 und 4 nach dem durch geeignete Messgeräte festgestellten Wasserverbrauch aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen.
2. Auf Antrag des Gebührenpflichtigen sind verbrauchte Wassermengen, die nachweisbar nicht der Abwasserbeseitigungsanlage zufließen und mindestens 10 v. H. des Wasserverbrauchs ausmachen, bei der Gebührenberechnung zu berücksichtigen. Der Nachweis kann vom Einbau einer geeigneten Abwassermessanlage abhängig gemacht werden.
3. Bei Bauwerken, die ganz oder überwiegend der landwirtschaftlichen Nutzung dienen, wird die gebührenpflichtige häusliche Schmutzwassermenge durch einen eigenen Wasserzähler (Subzähler) ermittelt oder wenn das nicht möglich ist, entsprechend dem durchschnittlichen ortsüblichen Wasserverbrauch geschätzt.
4. Stehen für die Ermittlung des Wasserverbrauchs keine geeigneten Messgeräte zur Verfügung, so werden die Kanalbenutzungsgebühren bei nachfolgenden Objekten wie folgt festgesetzt:
  - a) Bei Wohnungen wird die monatliche Schmutzwassermenge mit pauschal 4 m<sup>3</sup> pro Person bemessen, wobei die Personenstandsaufnahme vom 30. Juni und 31. Dezember eines jeden Jahres Gültigkeit hat;
  - b) Bei Ferienhäusern wird die vierteljährliche Schmutzwassermenge pauschal mit 25 m<sup>3</sup> Abwasser bemessen;
  - c) Bei Betrieben und Tourismusunterkünften wird die Schmutzwassermenge je nach Betriebsgröße und Betriebsart durch die Abgabenbehörde im Sinne des § 184 BAO geschätzt.

### **§ 14 Schmutzbeiwert**

Werden andere als häusliche Schmutzwässer der gemeinsamen Abwasserreinigungsanlage zugeführt, wird die Schmutzwassermenge mit einem von der Landesregierung durch Verordnung festgesetzten Schmutzbeiwert vervielfacht. Wenn in dieser Verordnung für die betreffende Art von Betrieben oder Einrichtungen kein Schmutzbeiwert festgesetzt wurde, oder wenn die Beschaffenheit der anfallenden Schmutzwässer von den bei solchen Betrieben oder Einrichtungen gewöhnlich anfallenden Schmutzwässern erheblich abweicht, wird im Einzelfall nach Anhören des Landeswasserbauamtes vom Bürgermeister ein Schmutzbeiwert mit Bescheid festgesetzt.

### **§ 15 Gebührensatz**

Die Gebührensätze pro m<sup>3</sup> Schmutzwasser werden durch gesonderte Verordnung der Stadtvertretung festgesetzt.

## **§ 16 Gebührenschuldner**

1. Die Kanalbenutzungsgebühr ist vom Eigentümer des Bauwerks oder der befestigten Flächen zu entrichten. Die Bestimmungen des § 11 Abs. 2 gelten sinngemäß.
2. Ist das Bauwerk oder die befestigte Fläche vermietet, verpachtet oder sonst zum Gebrauch überlassen, wird die Kanalbenutzungsgebühr dem Inhaber (Mieter, Pächter u. dgl.) vorgeschrieben. Der Eigentümer haftet persönlich für die Abgabenschuld.

## **§ 17 Gebührenanspruch**

1. Der Gebührenanspruch für die Kanalbenutzungsgebühren entsteht mit dem Zeitpunkt der Einleitung von Abwässern in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage.
2. Für anzeigepflichtige Veränderungen entsteht der Gebührenanspruch mit dem auf die Veränderung folgenden Monat.
3. Die Verpflichtung zur Entrichtung von Kanalbenutzungsgebühren ruht, wenn eine Wohnung oder Betriebsstätte wenigstens drei Monate leer steht und dies im Vorhinein angezeigt wird.
4. Der Gebührenschuldner ist verpflichtet, binnen einem Monat alle für die Bemessung der Gebühren maßgeblichen Umstände anzuzeigen und auf Verlangen alle Auskünfte zu erteilen, die zur Bemessung der Kanalbenutzungsgebühren erforderlich sind.

## **§ 18 Abrechnungszeitraum**

1. Die Kanalbenutzungsgebühr wird jeweils für den Ablesezeitraum, der ein Kalenderjahr nicht übersteigen darf, abgerechnet. Fällt die Gebührenpflicht im Laufe des Ablesezeitraumes weg, so kann die Kanalbenutzungsgebühr sofort festgesetzt werden.
2. Auf die Kanalbenutzungsgebühr ist eine Vorauszahlung entsprechend dem Ergebnis der letzten Ablesung zu entrichten. Wenn gegenüber der Kanalbenutzungsgebühr bzw. der Vorauszahlung für den letztvorangegangenen Ablesezeitraum eine wesentliche Änderung zu erwarten ist oder in diesem Jahr keine Gebührenpflicht bestand, kann die Vorauszahlung in der Höhe der zu erwartenden Kanalbenutzungsgebühr festgesetzt werden.  
Die Vorauszahlung wird vierteljährlich vorgeschrieben.
3. Die gemäß Abs. 2 für einen Ablesezeitraum entrichtete Vorauszahlung wird auf die Gebührensuld eines Abrechnungszeitraumes angerechnet.

## **§ 19 Schlussbestimmung**

Für Bauwerke, befestigte Flächen und Grundstücke, für die nach bisher geltenden Vorschriften ein Kanalisationsbeitrag vorgeschrieben worden ist, sind die Übergangsbestimmungen der §§ 28 und 29 des Kanalisationsgesetzes anzuwenden.

## **§ 20 Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit 1. April 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kanalordnung der Stadt Dornbirn vom 26. Mai 1992 sowie vom 20. Juni 2006 außer Kraft.

Bürgermeisterin

Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann

Dieses Dokument ist elektronisch unterschrieben.

